

Kommunalabgabengesetz „führt zu Unfrieden in den Gemeinden“



Die neue Novelle des Thüringer Kommunalabgabengesetzes zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen, mit der die Kommunen, die dies bisher noch nicht getan haben, verpflichtet werden, diese rückwirkend bis 1991 zu bescheiden, „führt zu Unfrieden in den Gemeinden“, hatte der Fraktionschef der

LINKEN, Bodo Ramelow, in seiner Rede auf der Demonstration der Thüringer Bürgerinitiativen am 23. März vor dem Landtag gewarnt (s. Foto). Während das Gesetz am nächsten Tag mit der Landtagsmehrheit beschlossen wurde, lehnten die Koalitionäre den ebenfalls zur Schlussabstimmung anstehenden Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, der die Umwandlung der Straßenausbaubeiträge in eine Infrastrukturabgabe vorsieht, ab. In ihrer Resolution an die Landtagsfraktionen und die Landesregierung hatte die Bürgerallianz als Dachverband von über 100 Bürgerinitiativen für sozial gerechte Kommunalabgaben erneut die Abschaffung der Zwangsbeiträge für Abwasser- und Straßenausbauinvestitionen gefordert.

In der Landtagsdebatte hatte der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Frank Kuschel, auf die Einwürfe der Koalitionsabgeordneten gekontert: „Sie fragen nach Alternativen. Wir haben diese in den vergangenen 15 Jahren immer wieder aufgezeigt, denn mit den Instrumenten aus dem 19. Jahrhundert sind die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht zu meistern.“ Dass der gemeinsame Gesetzentwurf der GRÜNEN und der LINKEN, der Ergebnis einer intensiven Auseinandersetzung mit den Bürgerinitiativen war, einfach abgetan wurde, wies der Abgeordnete scharf zurück. „Hier wurde eine Chance vertan, den Bürger ernst zu nehmen.“

Allerdings sei seine These, so Kuschel weiter, dass „die Landesregierung bewusst Konflikte erzeugt, weil sie keine starken Kommunen haben will“. Anders sei nicht zu erklären, dass mit dem novellierten Kommunalabgabengesetz Kommunen rückwirkend bis August 1991 verpflichtet werden, Straßenausbaubeiträge einzutreiben, ansonsten schreitet die Rechtsaufsicht ein. „Das ist schon eine Kriegserklärung“, nahm der Abgeordnete Bezug auf die Demonstration vom Vortag, deren wütender Bürger-Ton bei Rednern der Regierungskoalition gar nicht gut angekommen war. Frank Kuschel wandte ein, sie müssten sich allerdings einmal vorstellen, wie es sei, wenn man als Bürger mit niedriger Rente Bescheide über mehrere tausend Euro erhalte.

Es sei alles falsch dargestellt worden, warf Innenminister Jörg Geibert der LINKEN vor – und dass „hier Ängste in der Bevölkerung bewusst geschürt“ würden. Die ministeriellen Ausführungen, die über weite Strecken einer Belehrung gleich kamen, nannte Frank Kuschel in seiner Reaktion „eine abstrakte juristische Diskussion, die die Bürger allerdings nicht interessiert“.